

Positionspapier ('Policy Paper Nr. 2')

aus Anlass der deutsch-polnischen Wissenschaftskonferenz

2017 an der Warsaw School of Economics

Neuere Entwicklungen in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen „mehr Europa“ und Brexit

November 2017

Andreas Bielig und Jürgen Wandel

1 Einführung

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen gelten in vielfacher Hinsicht als eine Erfolgsgeschichte, die zu einer stetig engeren Verflechtung der Volkswirtschaften der beiden Länder geführt hat. Allerdings sind nicht erst seit dem Jahr 2016 die Koordinaten im europäischen und im weltweiten Umfeld in Bewegung gekommen. So gab es in der an einer durch die Euro- und Flüchtlingsprobleme verursachten Doppelkrise laborierenden Europäischen Union mit dem Brexit-Votum im Vereinigten

Königreich ein politisches Erdbeben, das ihre Substanz und in der Folge vielleicht auch ihre Legitimation erheblich berührt. Die nationalkonservative Regierung in Polen setzt ebenfalls kontrastierende Akzente und möchte mit ihrer Vision von einem „neuen“ Wirtschaftsmodell das Land unabhängiger von ausländischem Kapital und äußeren Einflüssen machen. In Deutschland wehren sich viele Bürger gegen die Einführung von neuen Handelsabkommen, wie dem TTIP mit den USA oder dem CETA mit Kanada, während sich in den USA der Präsident Donald Trump getragen von einer Welle des

Nationalismus für eine stärkere Abschottung der einheimischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland ausspricht. Gleichzeitig drängen andere Länder wie die Ukraine, Türkei und die Staaten des Westbalkans auf eine Aufnahme in die Europäische Union. In dieser Gemengelage nimmt die Kommission der EU die Eurokrise und den voraussichtlich im Jahr 2018 erfolgenden Brexit zum Anlass, von den unter dem Eindruck der zentrifugal wirkenden Geschehnisse sichtlich verunsicherten Mitgliedsstaaten noch „mehr Europa“ einzufordern und eine „immer engere politische Union“ realisieren zu wollen.

Die Hintergründe dieses, sich in einem durch einen Dipol von vielfachen Integrations- und Desintegrationsbewegungen geprägten, zwiespältigen Umfelds zwischen „mehr Europa“ und Brexit aus einer ökonomischen Perspektive näher zu beleuchten, war Gegenstand eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2017 geförderten deutsch-polnischen Forschungsprojekts, welches von dem Forschungszentrum für deutsche Wirtschaft an der SGH Warschau geleitet wurde. Die dabei im Vordergrund stehenden beiden Hauptfragen waren, in welcher Weise sich die gegenwärtig beobachtbaren Entwicklungen auf die

deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auswirken können und welche Herausforderungen sich daraus für die Wirtschaftspolitik auf der nationalen, der bilateralen und der supranationalen Ebene ergeben. Das Positionspapier fasst die zentralen Ergebnisse und die daraus entwickelten wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen zusammen, die auf einer internationalen Konferenz am 12. Oktober 2017 an der SGH Warschau diskutiert wurden. Diese konzentrieren sich auf zwei Schwerpunkte: (1) die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen auf der nationalen und der europäischen Ebene und (2) die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Das Positionspapier schließt mit einem Ausblick auf die Entwicklungsperspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen in einer Europäischen Union der Post-Brexit-Ära.

2 Ordnungspolitische Rahmenbedingungen

2.1. Der europapolitische Kontext

Der europapolitische Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehung ist aufgrund der multiplen Krisensituation innerhalb der Europäischen Union und insbesondere mit der aufgrund der Brexit-Entscheidung drängenden Frage nach einer

zukünftigen Ausrichtung der EU durch eine zunehmende Unsicherheit gekennzeichnet. Erst vergleichsweise spät wurde im Jahr 2017 im Vertrag von Lissabon mit dem Artikel 50 des EU-Vertrags das Austrittsrecht eines Mitgliedsstaates aus der EU verankert. Dies ist aus einer polit-ökonomischen Perspektive zu begrüßen. Eine Reihe von namhaften Ökonomen, insbesondere der Nobelpreisträger James Buchanan (1995), aber auch der ordoliberalen deutsche Ökonom Wilhelm Röpke (1954) sahen in einer rechtlich verankerten Austrittsmöglichkeit ein wichtiges Abwehrrecht gegen eine übermäßige Zentralisierung, Harmonisierung und daraus resultierende Umverteilung in supranationalen Organisationen (ähnlich äußert sich auch Vaubel 2013).

Mit der nun erfolgten Auslösung des Falls von Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ergeben sich für die gegenwärtige Situation zwei bisher noch ungeklärte Fragen: Erstens, wie wird sich das Verhältnis der verbleibenden EU 27-Staaten gegenüber Großbritannien gestalten und zweitens, in welche Richtung sich die Rest-EU selbst weiterentwickeln wird. Hinsichtlich des ersten Punktes wäre aus einer ökonomischen Sicht ein „weicher“ Brexit mit einer größtmöglichen Beibehaltung der innerhalb der EU

geltenden vier Grundfreiheiten anzustreben.

Allerdings scheint dies zum jetzigen Zeitpunkt aus politischen Gründen unwahrscheinlich, wie *Bernard Łukańko* von der PAN Warschau zeigt. Zum einen ist in den EU-Institutionen die Meinung vorherrschend, keine größeren Zugeständnisse an Großbritannien zu machen, um anderen Mitgliedstaaten keinen Anreiz zum Austritt zu geben. Zum anderen ist die für einen Austritt zur Verfügung stehende zweijährige Frist nach Art. 50 EUV sehr kurz bemessen, bei einer gleichzeitig geringen Bereitschaft der EU-Mitgliedstaaten zu längeren Verhandlungen. Damit ist ein „harter“ Brexit nicht auszuschließen, bei dem die zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU-27 auf den dann die rechtlichen Rahmenbedingungen bildenden WTO-Regeln basieren könnten. Dies würde für die Beteiligten auch die Möglichkeit beinhalten, Handelshemmnisse für den wirtschaftlichen Austausch zwischen den Volkswirtschaften zu errichten.

Was die Governance-Struktur der EU-27 nach einem zukünftigen Austritt Großbritanniens anbelangt, steht in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte zum einen die Rolle Deutschlands im Mittelpunkt, dessen Einfluss nach einem

Brexit als bevölkerungsreichster und auch gemessen an seinen wirtschaftlichen Rahmendaten größter Mitgliedstaat weiter zunehmen könnte. Dabei steht auch die Frage im Raum, ob nach einem Brexit die europäische Wirtschaftsordnung ein mehr durch das Konzept des deutschen Ordoliberalismus geprägtes Erscheinungsbild bekommen könnte. Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule um Walter Eucken (1891-1950) bildete die theoretische Grundlage für die deutsche Nachkriegswirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, welche auch auf viele europäische Länder ausstrahlte. Zum anderen geht es um die Stellung der Nicht-Euroländer bei der Bestimmung des weiteren Kurses der EU, nachdem mit Großbritannien die größte Volkswirtschaft der Nicht-Euro-Zone aus der Europäischen Union ausgetreten ist. Nach *Jürgen Wandel* von der SGH Warschau ist die Wahrscheinlichkeit für eine Ordoliberalisierung der EU nach einem Austritt Großbritanniens aus drei Gründen klein: Zum einen hat sich die deutsche Wirtschaftspolitik selbst zunehmend von ihrem ordoliberalen Ideal entfernt, in dessen Zentrum der Wettbewerb als ein „Entmachtungsinstrument“ (Böhm 1961) und, vor allem mit Blick auf die zukünftige Entwicklung als ein „Entdeckungsverfahren“ (Hayek 1968)

steht. Jüngere Beispiele für diese wachsende Loslösung der deutschen Wirtschaftspolitik von ordoliberalen Prinzipien sind der Mindestlohn auf dem Arbeitsmarkt, die auf dem Immobilienmarkt verankerte Mietpreisbremse und die planwirtschaftlich organisierte „Energie-wende“ im Versorgungsbereich. In eine analoge Richtung einer zentralstaatlichen Steuerung von Märkten deutet die gegenwärtig in Deutschland diskutierte „Verkehrswende“. Zum zweiten wird die hohe Priorität, welche der europäischen Integration in der deutschen Politik zugewilligt wird, voraussichtlich dazu führen, daß das Ziel einer Verwirklichung der europäischen Einheit weiterhin über die Orientierung an grundlegenden ökonomischen Prinzipien gestellt werden wird. Zum dritten würde Deutschland mit Großbritannien seinen einflussreichsten natürlichen Verbündeten für ordoliberalen Reformen in der EU verlieren, und im Rat der EU würde sich nach einem Brexit das Stimmengewicht weiter zugunsten derjenigen Länder verlagern, welche eine Präferenz für etatistisch orientierte Wirtschaftspolitiken besitzen.

Das künftige Verhältnis der Eurozone zu den Nicht-Eurozoneländern innerhalb der EU ist besonders für Polen und die vielreferierte deutsch-polnische Interessengemeinschaft im

Wirtschaftsbereich von einer großen Bedeutung. Polen und Deutschland besaßen in der Vergangenheit vergleichsweise ähnliche Vorstellungen von einer europäischen Integration. Beide Länder betonen das Primat eines einheitlichen Integrationsraums auf der Grundlage von freien Märkten und von Wettbewerb sowie von finanzieller Solidarität. *Sebastian Pióciennik* vom PISM Warschau befürchtet vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklungen eine deutliche Schwächung dieser Interessengemeinschaft. Einer etwaigen politischen Marginalisierung vorbeugend, hat Polen kein Interesse an einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Stattdessen ist es an einer Erhaltung seiner gegenwärtigen Position in der EU, an der Wahrung seiner Souveränität und an der weiteren Entwicklung des Euro-Raums interessiert, obwohl es diesem zurzeit nicht beitreten möchte. In Deutschland sinkt dagegen die öffentliche und politische Zustimmung zu einem weiteren Festhalten seiner Politik an einem einheitlichen Muster der europäischen Integration. Dies folgt vor allem aus der mit einem Brexit erwartungsgemäß einhergehenden zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Eurozone in der zukünftigen Europapolitik Deutschlands. Hinzu kommt, dass nach der Wahl des

französischen Präsidenten Emmanuel Macron der Druck auf Deutschland verstärkt werden könnte, weitergehende Zugeständnisse in Richtung einer „Wirtschaftsregierung“ mit einem gemeinsamen Eurozonen-Finanzminister und -budget und weiteren marktwidrigen Regulierungen zu machen, etwa auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Andere Faktoren, die auf eine Schwächung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft hinwirken könnten, sind unterschiedliche Vorstellungen in der Flüchtlings-, der Energie- und der Klimapolitik sowie auch die durch Polen aufgeworfene Frage nach deutschen Kriegsreparationszahlungen. Insbesondere letztere ist in einem europapolitischen Kontext zu betrachten, in welchem die polnische Politik zuletzt zunehmend von ihren europäischen Partnern isoliert wurde, was durch diese wiederholt mit dem Spielen der „deutschen Karte“ beantwortet wurde.

Aber auch durch die EU werden vielfach wirtschaftlich relevante Rahmenregelungen gesetzt, welche über die Setzung von adversen Anreizen einer weiteren europäischen Integration Polens in wesentlichen Teilbereichen der Integrationspolitik entgegenwirken. So bewertet *Uwe Vollmer* von der Universität Leipzig zum Beispiel die im Rahmen der

Europäischen Bankenunion geschaffene Einlagensicherung für Sparer als negativ für den europaweit als relativ sicher geltenden polnischen Bankensektor. Hierdurch werden Umverteilungseffekte von Ländern mit stabilen Bankensektoren und ausreichend finanzierten nationalen Einlagensicherungen hin zu den als instabil geltenden Ländern ermöglicht, wodurch polnische Banken und Sparer zur Finanzierung von betroffenen Sektoren in den europäischen Defizitländern herangezogen würden. Unter diesen negativen Vorzeichen erscheint die Nichtteilnahme an weiteren auf eine Umverteilung hinauslaufenden europäischen Integrationsschritten als eine ökonomisch rationale Wahl. Eine zukünftige Europapolitik ist demzufolge gut beraten, solche Dilemmasituationen mit adversen Anreizen für integrationswillige Mitgliedsländer zu beseitigen, da diese einen wirksamen Abschreckungseffekt entfalten können. In diesem Zusammenhang ist auch an die nur wenige Jahre zurückliegende „Eurorettung“ zu erinnern, welche ähnliche Verteilungswirkungen aufwies und für Polen kaum als eine Einladung für einen Beitritt zur Eurozone interpretiert werden konnte.

2.2. Nationale ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Neben dem europapolitischen Umfeld werden die wirtschaftlichen Entwicklungen in und Beziehungen zwischen beiden Ländern vor allem von der Qualität der nationalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestimmt, denn sie bestimmen entscheidend über die Anreize und Handlungsmöglichkeiten für das private Unternehmertum als den wichtigsten Treiber von innovativen Wachstumsprozessen. Dies zeigen empirische Untersuchungen, die einen positiven Zusammenhang zwischen der Offenheit einer Volkswirtschaft und Indikatoren für deren Handelsfreiheit auf der einen und dem Wirtschaftswachstum eines Landes auf der anderen Seite feststellt (Institut der deutschen Wirtschaft Köln / IW Consult, 2016).

Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Stärken- und Schwächenprofile der beiden Länder sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Während Deutschland einen systematischen Nachteil bei der Kostenentwicklung durch andere Qualitäten ausgleichen kann, sind die vergleichsweise niedrigen Kosten der Produktion der entscheidende Standortvorteil Polens. Wenn letzterer

Vorteil mit der Entwicklung eines höheren Lohnniveaus und eines höheren Lebensstandards schwindet, müssen andere Faktoren wie Verbesserungen im Regulierungsbereich, des Ordnungsrahmens und der Infrastruktur dies ausgleichen. Zur Messung dieser Rahmenbedingungen wurde am Institut der deutschen Wirtschaft Köln ein Index als Teil eines Gesamtindikators der industriellen Standortqualität entwickelt (Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2013). Die Spitzenplätze bei den Rahmenbedingungen haben mit 134, 131 bzw. 128 Punkten die Niederlande, die Schweiz und die USA inne, während Deutschland mit 115 Punkten nur den siebenten Rang und Polen mit 66,9 Punkten den einundzwanzigsten Rang einnehmen. Für Deutschland ist seit dem Jahr 1995 eine Verbesserung um 15,5 Punkte beobachtbar, für Polen lediglich um 2,5 Punkte. Besonders große Fortschritte erzielte Deutschland bei den Arbeitsbeziehungen, aber auch in der Infrastruktur sowie im Regulierungsumfeld und bei seiner traditionell ungünstigen Kostenposition, während bei der Gestaltung des Ordnungsrahmens eine leichte Verschlechterung in der Entwicklung festgestellt wurde. In Deutschland ist besonders das Energiepreisniveau problematisch, welches sich aufgrund der

„Energiewende“ oberhalb des internationalen Niveaus befindet und vor allem für stromintensiv produzierende Unternehmen zu hoch ist. Deshalb gilt es in Zukunft für Deutschland insbesondere auf die angemessene Entwicklung seines Kostenrahmens für die Produktion zu achten. Polen erzielte dagegen deutliche Verbesserungen bei der Regulierung, inklusive der Abgabenlast, und dem Ordnungsrahmen, während bei der Infrastruktur, einem der schwächsten Standortfaktoren des Landes, nur leichte Verbesserungen zu verzeichnen waren. Rückschritte gab es dagegen im Umgang mit der Bürokratie und im Bereich der Arbeitsbeziehungen.

Wie *Niklas Becker* von der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer in Warschau aus Daten der aktuellen Ausgabe der Konjunkturumfrage zeigt, sorgt außerdem die abnehmende politisch-gesellschaftliche Stabilität des Landes und die mangelnde Vorhersehbarkeit seiner Wirtschaftspolitik zunehmend für Besorgnis, insbesondere das Tempo der Rechtsänderungen betreffend. Für Polen kommt es vor diesem Hintergrund darauf an, sich nicht nur auf seinen noch bestehenden, jedoch kleiner werdenden Kostenvorteil als seinen wesentlichen Standortfaktor zu verlassen. Vielmehr sollten sich die politischen Anstrengungen

darauf konzentrieren, ein stabiles, vorhersehbares institutionelles und wirtschaftspolitisches Umfeld zu schaffen, welches produktivitätssteigernde Innovationstätigkeiten der privaten Wirtschaftssubjekte in der Zukunft begünstigt.

3 Die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen

Ungeachtet des schwierigeren europapolitischen Umfelds und bestehender Probleme bei den nationalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist Polen für Deutschland nach wie vor knapp hinter Tschechien der attraktivste Investitionsstandort und Handelspartner in Mittel- und Osteuropa. Auch das ergibt sich aus der aktuellen Konjunkturumfrage der deutschen Außenhandelskammer in Polen. Vor allem das große Reservoir an hoch qualifizierten Mitarbeitern, der gute Zugang zu Zulieferern und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ziehen ausländische Investoren nach Polen.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt *Andreas Bielig* von der SGH Warschau in seiner Untersuchung der deutschen Direktinvestitionen in Polen. Die polnische Volkswirtschaft wird durch ausländische Investoren als ein geeigneter

Zielhafen für ihre Anlagen durch die Gewährleistung von hohen Qualitätsstandards angesehen. Mit ihren großen Investitionsanteilen in der polnischen Volkswirtschaft tragen die deutschen Investoren auch eine große Verantwortung für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung. Hier hat insgesamt sowohl in einer quantitativen Perspektive als auch hinsichtlich der qualitativen Struktur der Investitionen eine positive Entwicklung stattgefunden. Industriesektoren mit hochwertiger Technologie transferieren zunehmend Kapital, Wissen und Technologie in den polnischen Markt und befördern damit den technologischen Fortschritt in der Volkswirtschaft. Insbesondere solche Sektoren in Polen partizipierten überproportional von dem Zufluss, welche eine besondere Bedeutung für den Innovationsprozeß und den technologischen Fortschritt besitzen, wie der Bereich der Finanzdienstleistungen und das Verarbeitende Gewerbe. Demgegenüber läßt sich eine Reduzierung der deutschen Direktinvestitionen in den Sektoren Information und Kommunikation sowie der Bereich der sonstigen Dienstleistungen beobachten.

Polen gilt heute international als ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche und eigenständige Entwicklung von ehemaligen

sozialistischen Planwirtschaften. Dennoch steht auch die polnische Gesellschaft vor großen ökonomischen und sozialen Herausforderungen auf welche eine Wirtschaftspolitik geeignete Antworten finden muß: Eine zukünftig erwartete, sich abschwächende Wachstumsdynamik erfordert mehr Innovationskraft der Wirtschaftssubjekte und soziale Unterschiede führen periodisch wiederkehrend zu gesellschaftlichen Spannungen. Die gegenwärtige Ausrichtung der polnischen Wirtschaftspolitik, für welche der Morawiecki-Plan namensgebend Pate steht, versucht, die vorliegenden Aufgaben über einen zentralistisch orientierten Ansatz zu lösen, bei welchem dem Staat eine Schlüsselrolle in der Wirtschaftssteuerung zugewiesen wird. Neben der Frage, ob dieses Konzept mit einer Sozialen Marktwirtschaft kompatibel ist, fallen vor allem die nationalistisch geprägten Nuancen der neuen Konzeption der Wirtschaftspolitik ins Auge, welche nicht nur die Gefahr einer potentiellen Diskriminierung ausländischer Investoren sichtbar werden lassen, sondern tendenziell auch die bisherigen Erfolge Polens bei der wirtschaftlichen Integration in Europa in Frage stellen können. Die Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen ist und sollte aus einer ökonomischen Perspektive die verwendete

normative Konzeption für die Gestaltung der geltenden Rahmenbedingungen sein, wohingegen eine Förderung der Diskriminierung zwischen inländischen und ausländischen Wirtschaftssubjekten sich langfristig als ein wirtschaftspolitischer Bumerang erweisen dürfte. Unabhängig von der EU-rechtlichen Fragwürdigkeit solcher Vorhaben sind insbesondere die realen wirtschaftlichen Folgen gravierend und für die polnische Volkswirtschaft und Gesellschaft a priori im gesamten Land in transparenter Weise evident.

Für die Gegenwart zeigen *Eugeniusz Gostomski* von der Universität Danzig und *Elżbieta Skąpska* von der Technischen Hochschule Bialystock, dass Polen noch sehr attraktiv für deutsche Dienstleistungsunternehmen ist am Beispiel der Auslagerung (Offshoring) von Dienstleistungen, die von dem Offshore-Standort Polen nach Deutschland exportiert werden. Zurzeit gibt es 66 Dienstleistungszentren von deutschen Unternehmen in Polen. Hinzu kommen Dienste von Servicezentren in Polen, welche keine deutschen Investoren besitzen aber überwiegend für deutsche Kunden Leistungen erbringen. Der Branchenverband der Unternehmensdienstleister ABSL schätzt, dass für 64 Prozent der durch ihn untersuchten Zentren in Polen Deutschland das

wichtigste Empfängerland für die durch diese erbrachten Dienste ist. Zu den Nutzern der polnischen Dienstleistungen zählen viele große deutsche Unternehmen, wie Siemens, Bayer, Thyssenkrupp, Carl Zeiss, Lufthansa, DHL Parcel und Diebold Nixdorf aber auch kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland. Die deutschen Dienstleistungszentren beschäftigen gegenwärtig 17.000 Personen, was einem Beschäftigungsanteil von sieben Prozent des Gesamtmarktes entspricht. Die Faktoren, welche Polen attraktiv für die Auslagerung von Dienstleistungen machen ähneln denen für Investitionen in anderen Bereichen, zum Beispiel die große Verfügbarkeit von qualifiziertem, mehrsprachigem Personal, die relative geographische Nähe von polnischen Großstädten zu Deutschland, die gemeinsame politische Zugehörigkeit zum austauschfördernden Schengenraum und nicht zuletzt das europaweit vergleichsweise niedrige Lohnkostenniveau.

Ein Bereich, in dem deutsche Unternehmen demgegenüber vergleichsweise wenig präsent sind ist der polnische Bankensektor. Dies macht ihn dadurch zwangsläufig unabhängiger von den Entwicklungen auf dem Heimatmarkt der deutschen Banken, was sich insbesondere während der vergangenen Krisenphasen

positiv auswirkte. Nach *Ilona Romiszewska* von der WSB Poznan beläuft sich die Bilanzsumme der deutschen Banken in Polen gegenwärtig auf ca. 50 Mrd. €. Das ist mit 2,4 Prozent im Vergleich mit der Größe der weltweiten Auslandsaktiva des deutschen Banken-sektors lediglich ein kleiner Anteil. Lediglich zwei Banken, die Commerzbank und die Deutsche Bank, haben große unmittelbare Direktinvestitionen in Polen getätigt. Diese bieten in Polen weitgehend das gleiche Spektrum von Finanzdienstleistungen an wie auf dem deutschen Heimatmarkt. Dabei spielt jedoch nur für die Commerzbank die Geschäftstätigkeit der polnischen Tochtergesellschaft eine wesentliche Rolle für das weltweite Gesamtergebnis, was den gegenwärtig im Vergleich mit anderen Sektoren noch lediglich geringen Entwicklungsstand der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen in diesem für die Finanzierung von Auslandsaktivitäten von Unternehmen wichtigen Dienstleistungsbereich verdeutlicht.

Elżbieta Czarny von der SGH Warschau und *Małgorzata Żmuda* von der Cologne Business School weisen darüber hinaus darauf hin, dass trotz der positiven Anzeichen der Gesamtentwicklung im Außenhandel die Warenstruktur der polnischen Exporte noch weit von einer Konvergenz mit Deutschland im

technologischen Aufholprozess entfernt ist. Polen verfügt wie die baltischen Länder über erhebliche komparative Vorteile bei arbeitsintensiven Produkten und bei Gütern mit einem niedrigen Technologiegrad. Während Polen im Jahr 2004 deutlich bessere Ausgangsbedingungen als Lettland und Litauen für seinen weiteren Entwicklungsprozess besaß, konnte es dennoch keine großen Fortschritte auf dem Weg hin zu einer mehr technologieintensiven Spezialisierung erzielen. Dies deutet darauf hin, dass es sein vorhandenes Potential in Richtung einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur nicht ausreichend genutzt hat.

4 Ausblick

Trotz einer zunehmenden Unsicherheit in den europapolitischen Rahmenbedingungen und einer gegenwärtig auf nationale Akzente setzenden polnischen Wirtschaftspolitik beruhen die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf einem verlässlichen Fundament. Deutschland ist mit Abstand Polens größter und wichtigster Handels- und Wirtschaftspartner, gefolgt von Großbritannien. Nach einem vollzogenen Brexit könnte nach Einschätzung von *Liliane Jodkowski* von der HTW Berlin der deutsch-polnische Güteraustausch sogar weiter zunehmen,

insbesondere im intraindustriellen Bereich. Während Deutschland von einer möglichen Standortverlagerung ausländischer Direktinvestitionen aus Großbritannien profitieren könnte, hängen für Polen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Austritts Großbritanniens erheblich von den Ergebnissen der Austrittsverhandlungen ab. Je protektionistischer die Beziehungen zwischen den EU27-Ländern und dem Vereinigten Königreich gestaltet werden, desto größer werden die zu erwartenden wirtschaftlichen Einbußen. Gleichzeitig könnte eine negative politische Marginalisierung Polens in dem Maße drohen, in dem die Bestrebungen Deutschlands und Frankreichs die Integration innerhalb der EU in Richtung einer „immer engeren Union“ zu vertiefen versuchen. Dann besteht die Gefahr einer Spaltung der EU in Osten und Westen oder in ein sogenanntes „Kerneuropa“ und eine Peripherie, bei der die erstere die letztere dominieren könnte. Ob Polen den Weg einschlägt, einer zukünftig befürchteten Marginalisierung durch einen raschen Beitritt zu der Eurozone entgegen zu wirken, ist auch aus einer ökonomischen Perspektive fraglich. Zwar bescheinigt *Hermann Witte* von der Hochschule Osnabrück dem Euro eine relative große Stabilität. Dennoch kann die Eurokrise wegen der ungelösten Moral-Hazard-

Probleme im Euroraum und der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die nichtnachhaltige Konjunkturaufschwünge verursacht, hierdurch die Preise auf Vermögensmärkten steigen lässt und dadurch eine Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensschichten begünstigt (Schnabl, 2015), nicht ansatzweise als überwunden gelten. Aus dieser Perspektive scheint es geraten, von weiteren nicht marktkonformen Integrationsschritten in der EU abzusehen und sich auf den Bereich zu konzentrieren, der für Deutschland als auch für Polen und Großbritannien traditionell ein Kernelement der europäischen Zusammenarbeit war – ein auf marktwirtschaftlichen Prinzipien, der Subsidiarität und Diversität beruhender freier Binnenmarkt. Andernfalls droht eine Stärkung bestehender populistischer Strömungen in Europa von Links und Rechts mit ihren protektionistischen wirtschaftspolitischen Programmatiken und nicht zuletzt inhärent totalitären Ideologien. Wie *Thomas Apolte* von der Universität Münster zeigt, könnten diese unter Umständen eine autokratische Transformation des politischen Systems eines oder mehrerer Länder in Europa nach sich ziehen. Das Aufleben populistischer Bewegungen in vielen Ländern der EU und eine verbreitete „Europamüdigkeit“ und zunehmende Skepsis gegenüber „Brüssel“

resultieren weniger aus einer Xenophobie, sondern aus teilweise begründeten Befürchtungen, dass die Menschen des eigenen Landes bevormundet werden (Erlei 2017; Prinz Michael von Liechtenstein 2017). Insbesondere Bürger aus mittelosteuropäischen Ländern aber auch aus der ehemaligen DDR, die vormals unter einer fremdbestimmten Kontrolle und Besatzung standen, besitzen eine ausgeprägte Sensibilität für ihre nationale Unabhängigkeit und reagieren oft ablehnend auf paternalistische Bevormundungen aus Brüssel, aus anderen Ländern aber auch von der politischen Führung des eigenen Landes. Europäische Institutionen und „Eliten“, welche diese Empfindlichkeiten, Befürchtungen und Präferenzen ignorieren und stattdessen eine Zukunftsvision zu verwirklichen versuchen, deren zentrale Elemente ausschließlich aus einer Kompetenzverlagerung von souveränen Nationalstaaten zum europäischen Zentrum bestehen, verkennen somit nicht nur die „Zeichen der Zeit“. Sie verstehen auch die grundsätzlichen Eigenheiten Europas nicht angemessen. Schon Ludwig Erhard warnte in seiner Stockholmer Rede vom 23.03.1963: „Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte

zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens (...) Wehe, wenn wir in Europa noch einmal falsche Kategorien setzen würden.

<http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=21005&print=1>

Literatur

Böhm, F. (1961): Demokratie und ökonomische Macht, in: Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (Hrsg.): Kartelle und Monopole im modernen Recht, Karlsruhe: Müller, S. 1 – 24

Buchanan, J.M. (1995): Federalism as an Ideal Political Order and an Objective for Constitutional Reform, in: The Collected Works of James M. Buchanan. Liberty Fund, 2001, S. 67–78

Erhard, Ludwig (1963): Stockholmer Rede, 23.03.1963, in: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf, S. 797 – 804

Erlei, Mi. (2017): Die zentralistische Vision der Europäischen Kommission: Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion? *Wirtschaftliche Freiheit*, 28. Juni 2017,

Hayek, F.A. von (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: F.A. von Hayek: Freiburger Studien, 2. Aufl., Tübingen, 1994, S. 249-265

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg., 2013): Industrielle Standortqualität – Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich? Köln.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln / IW Consult (Hrsg., 2016): Wohlstand in der digitalen Welt – Erster IW-Strukturbericht, Köln

Liechtenstein, Prince Michael von (2017): Putting Europe back on track. Open Europe Berlin, 23. Oktober 2017, <http://www.openeuropeberlin.de/putting-europe-back-on-track-by-prince-michael-von-liechtenstein/>

Röpke, Wilhelm (1954), *Internationale Ordnung – heute*. Eugen Rentsch, Erlenbach-Zürich

Schnabl, G. (2015): Wege zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Geldpolitik aus österreichischer

Perspektive. Working Paper, No. 139. Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Universität Leipzig

Vaubel, R. (2013): Secession in the European Union. *Economic Affairs*, Vol. 33, Issue 3, pp. 288-302.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Der Text ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. oder des Rechteinhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Kontakt

Thomas Behrens
Projektkoordinator

Thomas.Behrens@kas.de

www.kas.de/de/web/polen